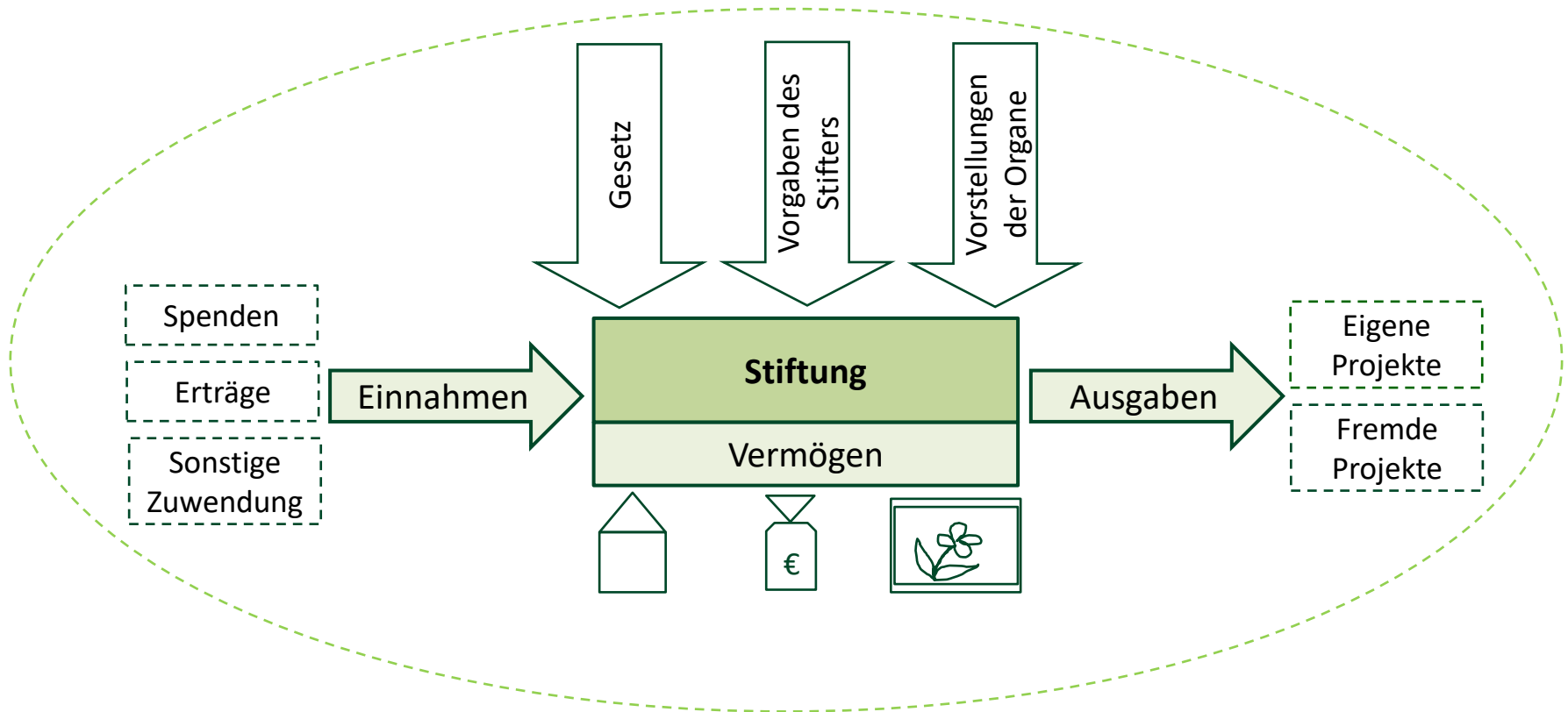


# **Ordnungsgemäße Vermögensverwaltung in der Stiftung**

- Praxisnahe Handlungsempfehlungen -

***PLATOW EURO FINANCE  
Stiftungsforum***

## Ausgangssituation



Ordnungsgemäße Vermögensverwaltung als Teil einer komplexen Gesamthematik

## Rechtliche Grundlagen

- nur wenige konkrete gesetzliche Vorgaben (u.a. §§ 80 ff. BGB, Stiftungsgesetze der Länder, Gemeinnützigkeitsrecht)
- Aufgabe des Stiftungsvorstands (§§ 86 S. 1, 27 Abs. 3, 664 ff. BGB), ggf. Kontrollpflichten anderer Stiftungsorgane

Aktuelle Regelung	<p><b>§ 80 Abs. 2 BGB</b></p> <p>Die Stiftung ist als rechtsfähig anzuerkennen, wenn [...], die <b>dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks</b> gesichert erscheint [...]. Bei einer Stiftung, die für eine bestimmte Zeit errichtet und deren Vermögen für die Zweckverfolgung verbraucht werden soll (Verbrauchsstiftung), erscheint die dauernde Erfüllung des Stiftungszwecks gesichert, wenn die Stiftung für einen im Stiftungsgeschäft festgelegten Zeitraum bestehen soll, der mindestens zehn Jahre umfasst.</p>	<p><b>§ 7 StiftG BW</b></p> <p>(1) Die Stiftung ist nach den Gesetzen, dem Stiftungsgeschäft und der Stiftungssatzung <b>sparsam und wirtschaftlich zu verwalten</b>. Die Verwaltung dient der dauernden und nachhaltigen Erfüllung des Stiftungszwecks.</p> <p>(2) Das Stiftungsvermögen ist <b>in seinem Bestand zu erhalten</b>, es sei denn, dass die Satzung eine Ausnahme zulässt oder der Stifterwille nicht anders zu verwirklichen ist; der Bestand der Stiftung muss auch in diesen Fällen für angemessene Zeit gewährleistet sein. Das Stiftungsvermögen ist von anderem Vermögen <b>getrennt</b> zu halten.</p>	<p><b>§ 6 StiftG Hessen</b></p> <p>(1) Das Stiftungsvermögen ist <b>in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten</b>. Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, wenn der Stifterwille anders nicht zu verwirklichen und der Bestand der Stiftung für angemessene Zeit gewährleistet ist.</p> <p>(2) Das Stiftungsvermögen ist von anderem Vermögen <b>getrennt</b> zu halten.</p> <p>(3) Der Ertrag des Stiftungsvermögens und Zuwendungen dürfen <b>nur entsprechend dem Stiftungszweck</b> verwendet werden. Das gleiche gilt im Falle des Abs. 1 Satz 2 für das Stiftungsvermögen.</p>
-------------------	---	---	--

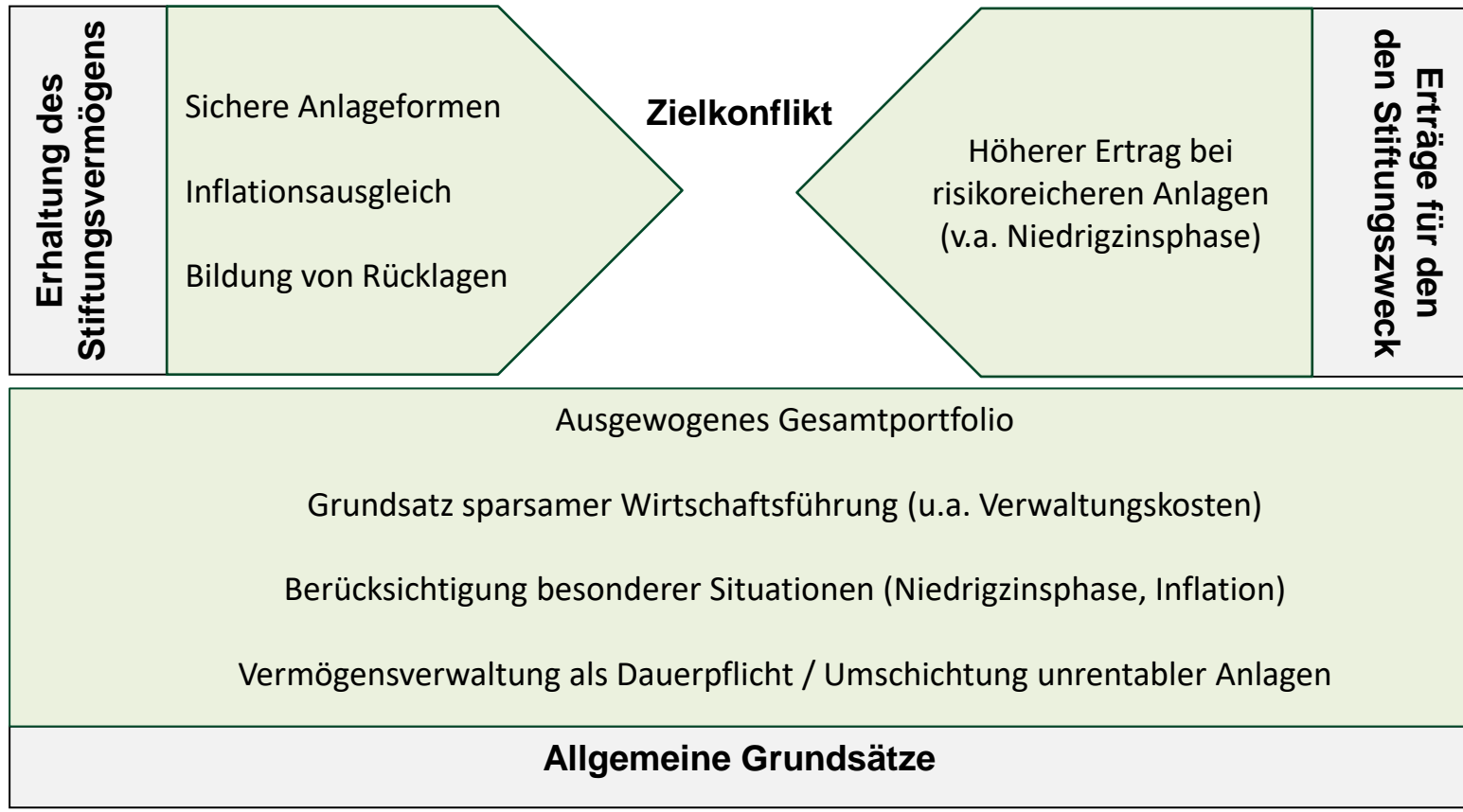
Zukünftige Regelung	<b>§ 83b Abs. 4 BGB n.F.</b>  Das Stiftungsvermögen ist <b>getrennt</b> von fremdem Vermögen zu verwalten. Mit dem Stiftungsvermögen darf <b>nur der Stiftungszweck erfüllt</b> werden.	<b>§ 83c Abs. 1 BGB n.F.</b>  Das Grundstockvermögen ist <b>ungeschmälert</b> zu erhalten. Der <b>Stiftungszweck ist mit den Nutzungen des Grundstockvermögens zu erfüllen</b> . Zuwächse aus der Umschichtung des Grundstockvermögens können für die Erfüllung des Stiftungszwecks verwendet werden, soweit dies durch die Satzung nicht ausgeschlossen wurde und die Erhaltung des Grundstockvermögens gewährleistet ist.

**Jede Stiftung ist anders:** besondere Bedeutung von Vorgaben des Stifters bzw. der Stiftungsorgane

**Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 03.02.2021 zum „Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts“ (S.63)**

„Da Stiftungen sehr verschieden sind, sowohl hinsichtlich ihrer Zwecke als auch hinsichtlich der Zusammensetzung ihres Vermögens, und sie ihr Vermögen auch auf sehr unterschiedliche Weise für die Erfüllung ihrer Zwecke nutzen, lassen sich die Anforderungen an die Verwaltung des Grundstockvermögens gesetzlich nicht weiter konkretisieren. Welche Verwaltungsmaßnahmen erforderlich sind, kann regelmäßig nur mit Blick auf die konkrete Stiftung und die bestehenden Anlagemöglichkeiten für das Grundstockvermögen der Stiftung entschieden werden. Stifter können in der Satzung die Anforderungen an die Verwaltung des Grundstockvermögens und seinen Erhalt inhaltlich weiter konkretisieren, insbesondere auch ein Vermögenserhaltungskonzept für die Stiftung in der Satzung festschreiben. Anlagerichtlinien, die der Stifter oder die jeweils zuständigen Organe aufstellen, können eine wichtige Grundlage für transparente und nachvollziehbare Anlageentscheidungen der Stiftungsorgane und die ordnungsgemäße Führung der Geschäfte durch die zuständigen Stiftungsorgane nach § 84a Absatz 2 BGB-neu sein.“

## Grundsätze ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung



## Vermögensanlage als Einzelfallentscheidung

<b>Zusammensetzung des Stiftungsvermögens</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Ist eine bestimmte Zusammensetzung des Vermögens vorgeschrieben? Gibt es (positive oder negative) Vorgaben?</li><li>• Wie ist das Vermögen im Übrigen zusammengesetzt? Ergibt sich ein diversifiziertes Gesamtportfolio?</li><li>• Sind Rücklagen vorhanden?</li></ul>
<b>Stiftungszweck</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gibt der Stiftungszweck bestimmte Vermögensanlagen vor (insbesondere Anstaltsstiftungen, Unternehmensstiftungen)?</li><li>• Schließt der Stiftungszweck bestimmte Vermögensanlagen aus?</li><li>• Wird für die sinnvolle Erfüllung der Stiftungszwecke ein bestimmter Mindestertrag benötigt?</li></ul>
<b>Begleitumstände</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gibt es gesamtwirtschaftliche Besonderheiten (z.B. Niedrigzins, Inflation)?</li><li>• Wie finanziert sich die Stiftung im Übrigen (z.B. Spenden, öffentliche Zuschüsse)?</li></ul>
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Verbrauchsstiftung?</li><li>• Teilverbrauch / vorübergehende Inanspruchnahme des Vermögens?</li><li>• Gemeinsame Vermögensanlage mit anderen Stiftungen?</li></ul>

## A-Stiftung

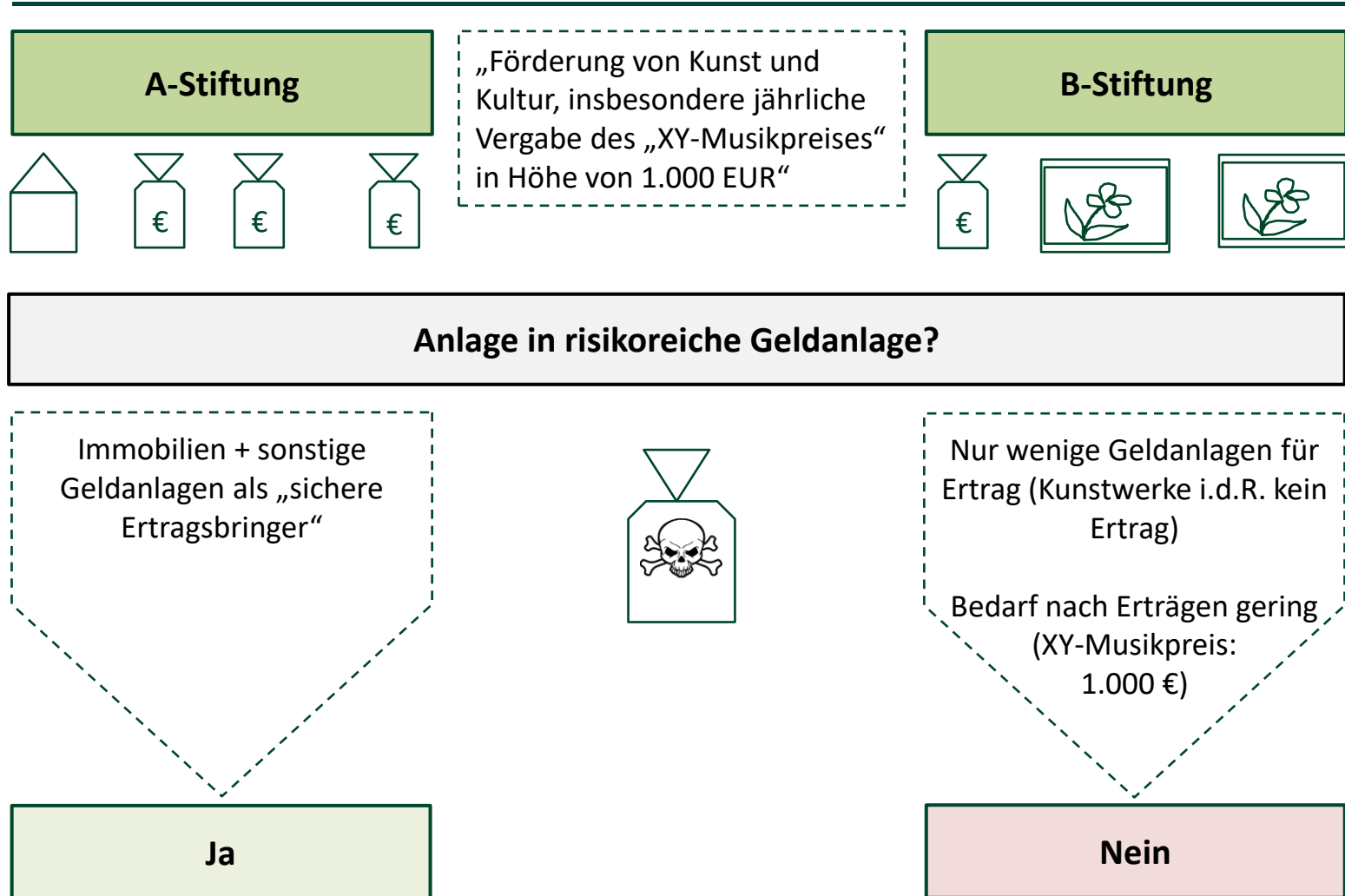


„Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere jährliche Vergabe des „XY-Musikpreises“ in Höhe von 1.000 EUR“

## B-Stiftung

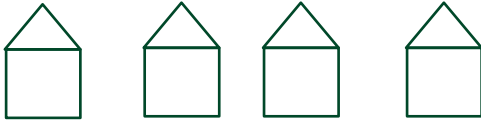


**Anlage in risikoreiche Geldanlage?**





## C-Stiftung



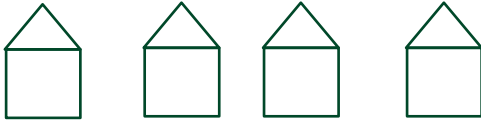
„Förderung der kreativen  
Entwicklung von Kindern und  
Jugendlichen, insbesondere  
durch Finanzierung von Mal-  
und Musikstunden“

## D-Stiftung



**Umschichtung erforderlich?**

## C-Stiftung



„Förderung der kreativen  
Entwicklung von Kindern und  
Jugendlichen, insbesondere  
durch Finanzierung von Mal-  
und Musikstunden“

## D-Stiftung



### Umschichtung erforderlich?

Immobilien als „sichere  
Ertragsbringer“

Wertbeständigkeit von  
Immobilien

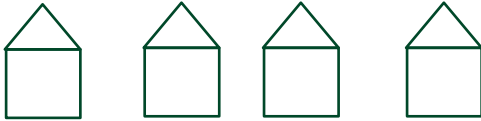
**Nein**

Nur wenige Geldanlagen für  
Ertrag (Kunstwerke i.d.R. kein  
Ertrag)

Diversifizierungsgebot

**Ja**

## E-Stiftung

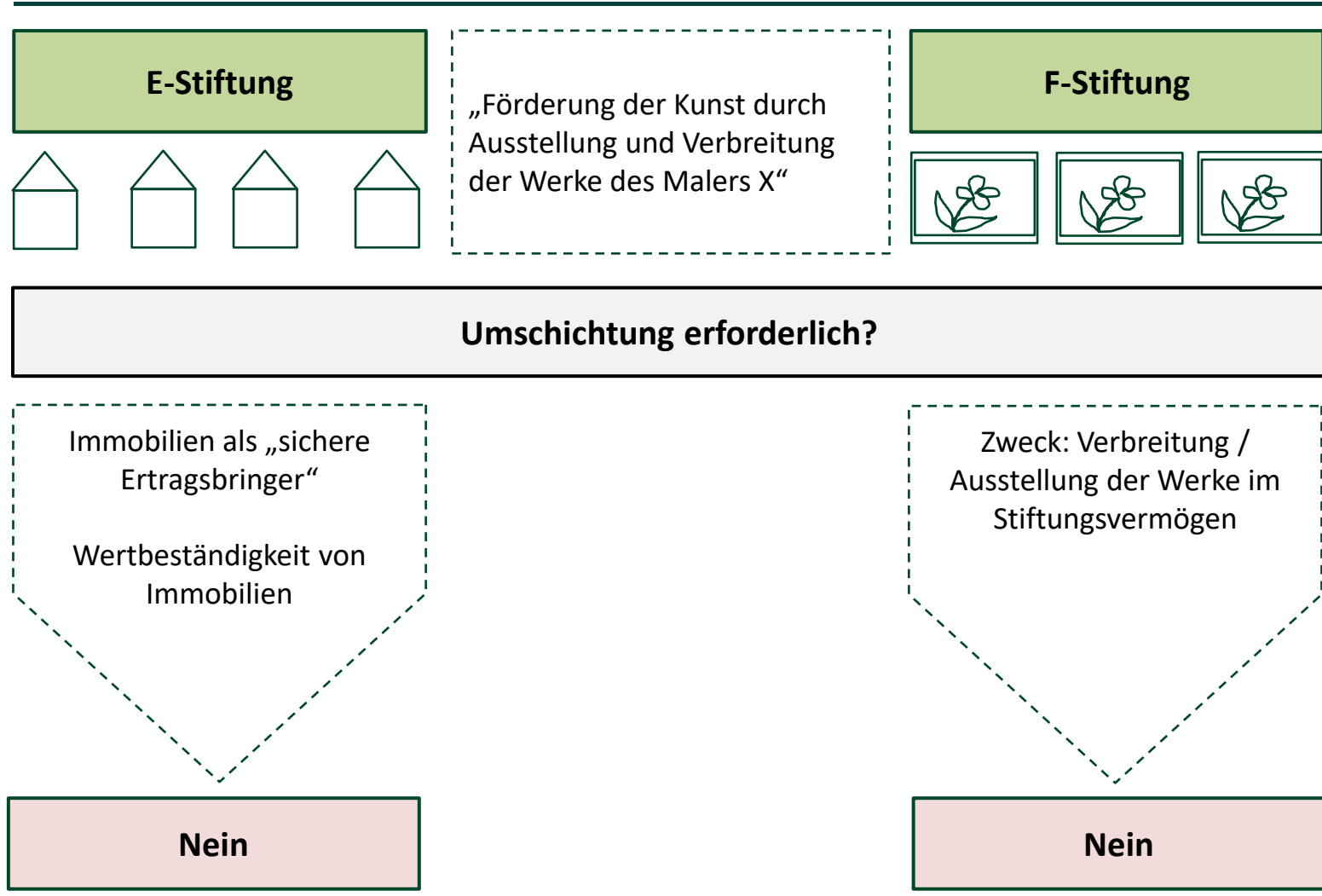


„Förderung der Kunst durch  
Ausstellung und Verbreitung  
der Werke des Malers X“

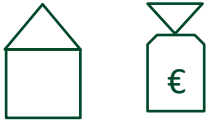
## F-Stiftung



**Umschichtung erforderlich?**



## G-Stiftung



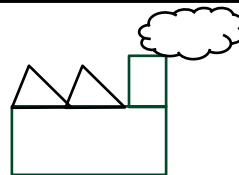
„Förderung des Naturschutzes, insbesondere durch Renaturierung der stillgelegten XY-Straße“

## H-Stiftung

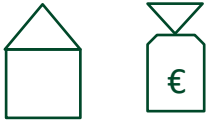


„Förderung der Wissenschaft und Forschung, insbesondere Vergabe von Stipendien im Bereich „Automobilindustrie“

Anlage in ertragsstarken Industriefonds?



## G-Stiftung



„Förderung des Naturschutzes, insbesondere durch Renaturierung der stillgelegten XY-Straße“

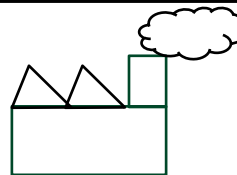
## H-Stiftung



„Förderung der Wissenschaft und Forschung, insbesondere Vergabe von Stipendien im Bereich „Automobilindustrie“

## Anlage in ertragsstarken Industriefonds?

Zweck: Natur



Zweck: Wissenschaft / Forschung (Industrie)

**Nein**

**Ja**

**I-Stiftung**

„Betrieb des XY-Tierheims“



(keine Rendite)

**Ordnungsgemäße Vermögensverwaltung ohne Vermögen?**

## I-Stiftung

„Betrieb des XY-Tierheims“



(keine Rendite)

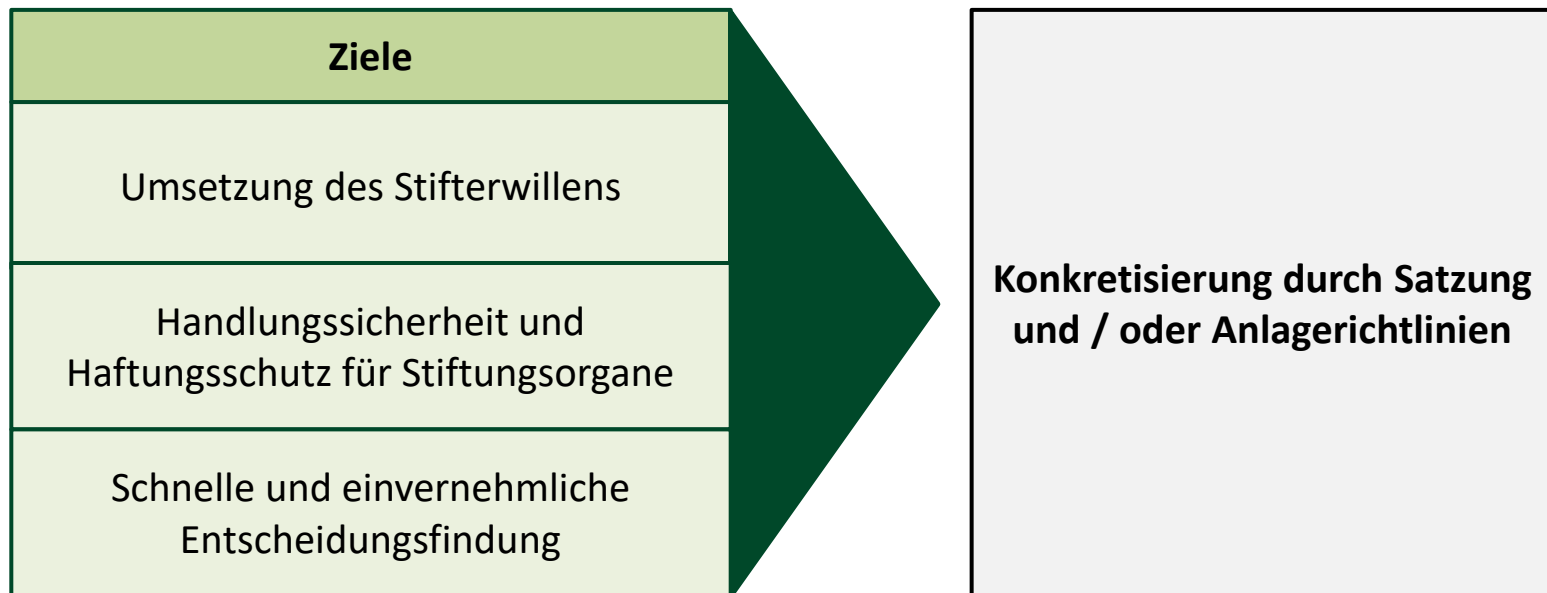
## Ordnungsgemäße Vermögensverwaltung ohne Vermögen?

Teil der ordnungsgemäßen Vermögensverwaltung ist auch die Prüfung von Alternativen

Umschichtung?  
Zweckänderung?  
Zusammenlegung / Zulegung?  
Auflösung?  
„Umwandlung“ in Verbrauchsstiftung?



## Konkretisierung der Grundsätze ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung



	Satzung	Anlagerichtlinien
<b>Erlasskompetenz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundsatz: Stifter</li> <li>ggf. (eingeschränkte) Änderungsvorbehalte für Stiftungsorgane</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundsatz: Stifter</li> <li>Weite Möglichkeit zur Übertragung auf Stiftungsorgane</li> <li>Vorrang des Stifterwillens</li> </ul>
<b>Flexibilität</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Satzungsänderung aufwendig (u.a. Genehmigung Stiftungsaufsicht / Finanzamt)</li> <li>Begrenzte Möglichkeit für Änderungsvorbehalte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>i.d.R. flexiblere Handhabung</li> <li>Änderungsoption nach Vorgaben des Stifters / der Stiftungsorgane</li> <li>i.d.R. keine behördliche Zustimmung notwendig</li> </ul>
<b>Notwendigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwingend</li> <li>Mindestinhalt: § 81 Abs. 1 BGB</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Optional / empfehlenswert</li> <li>Umfang abhängig vom Einzelfall</li> </ul>

<b>Präambel</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Historie der Stiftung</li><li>• Ziel der Anlagerichtlinien</li><li>• Vorgaben in der Stiftungssatzung / Festlegung des vorhandenen Entscheidungsspielraums</li><li>• Adressatenkreis (z.B. Destinatäre, Behörden, Dritte)</li></ul>
<b>Anlageziele</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Definition von Zielgrößen (z.B. Ertrag, Rendite, Risiko)</li><li>• Definition von Beurteilungszeiträumen</li><li>• Berücksichtigung von Zielkonflikten / Vorgabe von Präferenzen</li><li>• Berücksichtigung weiterer Punkte (z.B. Gemeinnützigkeit, sog. <i>mission investing</i>)</li><li>• Berücksichtigung von Alternativen (z.B. „Umwandlung“ in Verbrauchsstiftung)</li></ul>
<b>Anlageformen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Regelung allgemeiner Prinzipien (z.B. Diversifikation)</li><li>• Festlegung zulässiger Anlageformen (z.B. Sachanlagen, Finanzanlagen)</li><li>• Festlegung von Risikoklassen</li><li>• Gewichtung zwischen Anlageformen / Risikoklassen</li><li>• Ausschluss bestimmter Anlageformen / Risikoklassen</li><li>• Regelungen zur Möglichkeit von Vermögensumschichtungen und Verwendung von Umschichtungsgewinnen</li><li>• Regelungen zur Bildung von Rücklagen</li></ul>

<b>Verwaltung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Regelungen von Zuständigkeiten</li><li>• Regelungen zum Einsatz von Hilfspersonen / ggf. Regelungen zur Auswahl und Überwachung</li><li>• Regelungen zu Verwaltungskosten</li></ul>
<b>Information</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Regelung von regelmäßigen Berichts- und Überprüfungspflichten (z.B. Berichtsform, Berichtszeitraum)</li><li>• Regelung von Informationsrechten</li><li>• Regelung von Veto-/Mitspracherechten</li><li>• Dokumentation und Kommunikation von Anlageentscheidungen</li></ul>
<b>Anwendbarkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Inkrafttreten</li><li>• Umgang mit Entscheidungen in der Vergangenheit</li><li>• Informationspflichten</li><li>• Voraussetzungen für Änderungen</li><li>• Überprüfung auf Angemessenheit</li></ul>

## Haftung für fehlerhafte Vermögensverwaltung

### **§ 84a Abs. 2 S.1 BGB n.F.**

*Das Mitglied eines Organs hat bei der Führung der Geschäfte der Stiftung die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsführers anzuwenden.*

### **§ 280 Abs. 1 BGB**

*Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.*

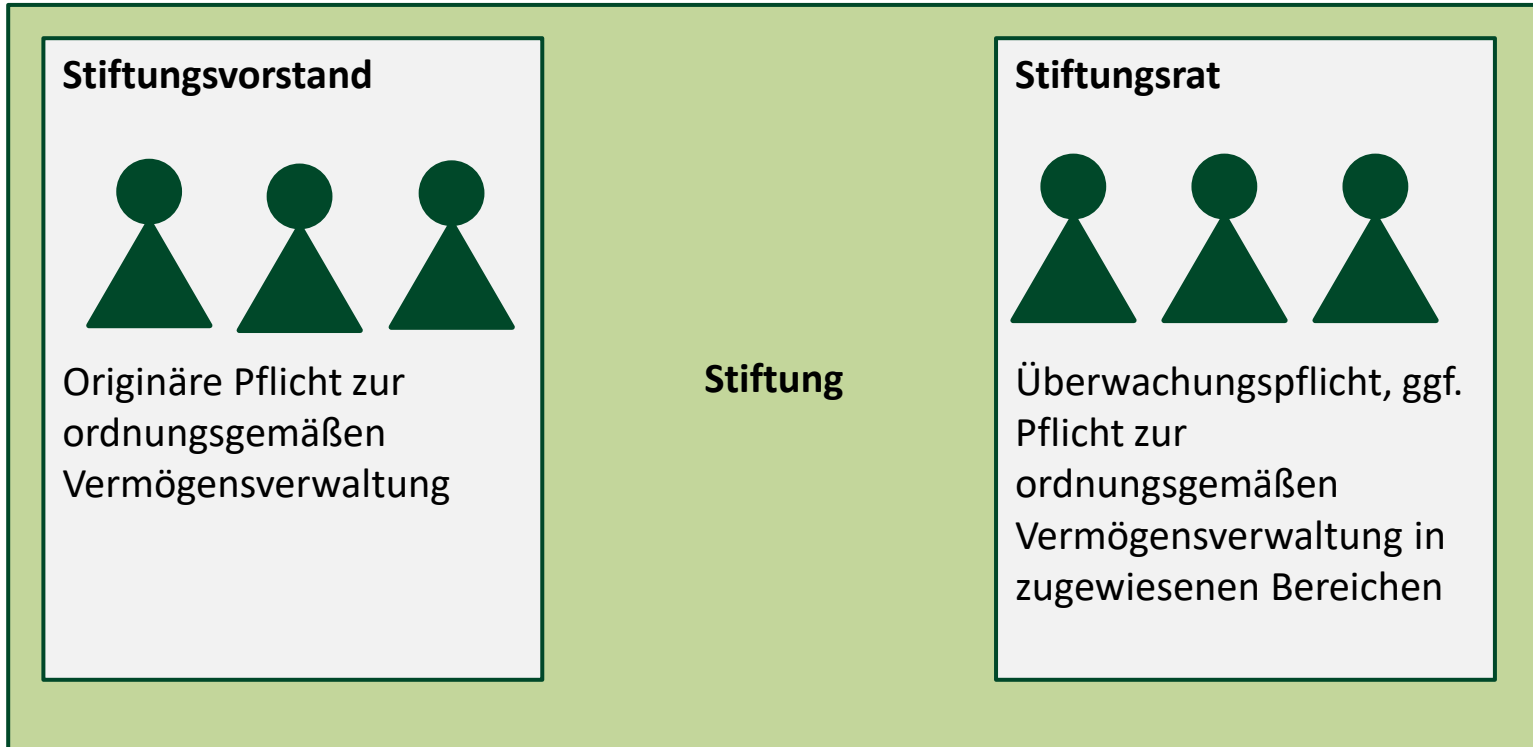
Pflichtverletzung (z.B. Verstoß gegen Anlagerichtlinien, Anlage „ins blaue Hinein“, Untätigkeit bei unrentablen Vermögensanlagen)

Verschulden (i.d.R. Vorsatz und jede Fahrlässigkeit; ggf. Haftungsprivilegierungen)

Kausaler Schaden (z.B. Verlust der Gemeinnützigkeit)

(Schadensersatz)-Haftung

Weitere Folgen: z.B. Abmahnung, Kündigung, Abberufung



**Die ordnungsgemäße Vermögensverwaltung ist – in unterschiedlichen Abstufungen – Verantwortlichkeit aller Stiftungsorgane.**

---

**§ 84a Abs. 2 S.2 BGB n.F.**

*Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn das Mitglied des Organs bei der Geschäftsführung unter Beachtung der gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorgaben vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Informationen zum Wohle der Stiftung zu handeln.*

## **Business Judgement Rule (bei unternehmerischen Entscheidungen)**

- Gutgläubigkeit: Entscheidung ist zum Zeitpunkt der Anlageentscheidung im guten Glauben auf das Stiftungswohl ausgerichtet
- Keine Einbeziehung von Sonderinteressen und sachfremden Einflüssen in die Anlageentscheidung
- Entscheidung zum Wohle der Stiftung / Entscheidung ist nicht offensichtlich unvernünftig oder untragbar risikobehaftet
- Entscheidung auf Grundlage angemessener Information

## Dokumentation von Anlageentscheidungen

- Zeitpunkt / Anlass der Anlageentscheidung
- Entscheidungsspielraum / bindende Vorgaben
- Abwägungskriterien / Darstellung von Alternativen
- Empfehlungen sachkundiger Berater
- Überwachung / Steuerung für die Zukunft

## Haftungsprivilegierungen

- Gesetzliche Haftungsprivilegierung (z.B. § 31 BGB: Privilegierung für ehrenamtlich tätige Organmitglieder, zT Stiftungsgesetze der Länder)
- Satzungsmäßige Haftungsbeschränkungen (i.d.R. auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit)

## Sonstiges

- Erstellung von Anlagerichtlinien und Geschäftsordnungen
- Abschluss einer D&O-Versicherung
- Entlastung / Generalbereinigung (Achtung: ggf. Entstehung neuer Haftungsgefahren für die beschlussfassenden Organe!)

**Ziel: Vermeidung einer Haftung**

**Achtung: Keine Entlastung durch Fehler anderer Stiftungsorgane / anderer Organmitglieder!**



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



**Tina Bieniek**

tina.bieniek@fgvw.de

+49 761 21808-319

Fachanwältin für Handels- und  
Gesellschaftsrecht  
Zertifizierte Stiftungsberaterin (DSA)